

**-FS-12-** Darstellung Abstimmung in FS-12

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 02.09.2022

## Antragstext

- 1 Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen  
2 historischen  
3 Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem  
4 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er  
5 führt  
6 sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa  
7 zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen  
8 Gesellschaften sieht  
9 er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht  
10 beruhende  
11 regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat\*innen  
12 verteidigen die  
13 Ukrainer\*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die  
14 Freiheit  
15 aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf  
16 Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben  
17 wollen. Wir  
18 stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir  
19 unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen  
20 uns selbst  
21 und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das  
22 Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.  
23 Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und  
24 leitet  
25 dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union  
26 und  
27 ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression  
28 des  
29 Kremls reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen  
30 Fossilen  
31 beschleunigt. Wir leisten humanitäre Hilfe und stellen die unbürokratische Aufnahme  
32 von  
33 Geflüchteten sicher. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat\*innen aus. Wir  
34 haben  
35 die eigenen militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an  
36 den  
37 östlichen Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der  
38 Ukraine  
39 und Moldau gestimmt – und unterstützen die Aufnahme Finnlands und Schwedens in  
40 die NATO.

24 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn  
wir  
25 uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Und  
wir stellen  
26 fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist.  
Deshalb  
27 liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das auch weiterhin verstärkt tun, wo nötig  
auch  
28 aus den Beständen der Bundeswehr und der Industrie. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch  
unsere  
29 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als  
30 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame  
Sicherheit  
31 Europas und unserer Verbündeten.

32 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht  
33 abrücken. Auch wenn militärische Mittel aktuell zur Verteidigung des Friedens und zur  
34 Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne  
einer  
35 feministischen Außenpolitik langfristig für die Prinzipien von Abrüstung und  
36 Demilitarisierung sowie den Vorrang des Zivilen ein. Feministische Außenpolitik liegt  
die  
37 Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte  
Teilhabe  
38 Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind. Unsere  
Bemühungen  
39 zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur Rüstungskontrolle  
müssen wir  
40 gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben nach einer Welt  
ohne  
41 Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

42 Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern  
vielerorts das  
43 Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen  
drastischen  
44 Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und  
45 Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens  
geführt.

46 Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen,  
die wegen  
47 fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr  
auf 323  
48 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der  
Ukraine  
49 hinzugekommen.

50 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in  
den  
51 Staaten, die bereits durch die Klimakrise mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen  
haben, und  
52 erhöht das Risiko interner Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die

## Weltgemeinschaft

- 53 zu spalten, müssen wir mit verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und  
mehr  
54 multilateralem Engagement bei der Bewältigung der globalen Krisen entschieden  
entgegenzutreten  
55 – insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Energie, Ernährung und  
Konfliktbearbeitung.  
56 Denn die weltweite Sicherheit hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und  
China  
57 ab, sondern von der Frage, wer das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller  
58 Staaten als Grundlage für die internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert  
und  
59 verteidigt; und welche Staaten stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens  
setzen.  
60 Als Grüne treten wir entschlossen für die in der Charta der Vereinten Nationen  
verankerten  
61 Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass Freiheit durch  
62 Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch Erniedrigung ersetzt  
werden.  
63 Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf  
die  
64 Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten  
65 Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und  
auch  
66 danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer  
Demokratie  
67 vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die  
68 menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau  
dieser  
69 Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der  
globalen  
70 Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung  
einzusetzen.